

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

17.9.1932 (No. 218)

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Schriftverkehr: Oskar Koenig, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark... Einzelnummer 10 Reichspfennig... Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Gebietel Breite.

Der Neckarkanal

Der erste Bauabschnitt Mannheim-Heilbronn

Die Neckar-Aktiengesellschaft in Stuttgart, die im Jahre 1921 vom Deutschen Reich und von den Ländern Württemberg, Baden und Hessen, sowie von privatwirtschaftlichen Unternehmungen von ganz Südwestdeutschland gegründet worden ist...

Auch in Heilbronn selbst steht der Neckar durchstich vor der Vollendung. Von der 114 Kilometer langen Strecke des ersten Bauabschnitts Mannheim-Heilbronn sind schon jetzt 70 Kilometer für Großschiffahrt und Kraftnutzung völlig ausgebaut...

Es dürfte interessieren, über Organisation und Finanzierung des Unternehmens Näheres zu erfahren. Als die Neckar-Aktiengesellschaft gegründet wurde, bestand bereits seit dem Jahr 1920 die Neckarbauverwaltung als eine dem Reichsverkehrsministerium unmittelbar nachgeordnete, obere Baubehörde mit örtlichen Neckarbauämtern in Stuttgart, Heilbronn und Heidelberg...

Für ihre Finanzierung — die gesamten Baukosten, von Mannheim bis Plochingen, sind auf rund 270 Millionen Reichsmark zu berechnen — ist der doppelte Aufwandskreis der Gesellschaft von Bedeutung. Derjenige Teil der Gesamtkosten, der auf die Schiffahrtsanlagen entfällt, wird durch langfristige Darlehen des Reichs und der Länder Württemberg, Baden und Hessen finanziert...

Anders steht es mit den Kosten der Kraftwerke, die auch privatwirtschaftlich rentabel sind und deren Überschüsse von Anfang an zur Deduktion eines Teils der Kosten der Schiffahrtstrasse bestimmt waren. Diese Kraftwerke bilden eine geeignete Grundlage für die Inanspruchnahme des privaten Geldmarkts auf dem Wege der Ausgabe öffentlicher Anleihen...

Trotz der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse darf die Gesellschaft hoffen, auf derselben Grundlage wie bisher ihr volkswirtschaftlich bedeutsames Unternehmen weiter finanzieren und ohne Störung zu Ende führen zu können.

Die Experten-Kommission der Weltwirtschaftskonferenz. Dem Generalsekretariat des Völkerbundes ist von der englischen Regierung mitgeteilt worden, daß Reichswirtschaftsminister Warming und Geh. Oberfinanzrat Bode als deutsche Mitglieder in die vorbereitende Expertenkommission der Weltwirtschaftskonferenz gewählt worden sind.

Letzte Nachrichten

Reichstagsneuwahl 6. November

Beschluß des Reichskabinetts
BR. Berlin, 17. Sept. (Tel.) Wie wir erfahren, hat das Reichskabinett in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Neuwahlen zum Reichstag auf den 6. November anzusetzen.

Sorgenvolle Verkehrs politik
Reichsbahn und Kraftwagen — Entscheidung im Oktober

BR. Berlin, 17. Sept. (Tel.) Nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, des Arbeitsmarktes, des Außenhandels und der Agrarwirtschaft steht die Regierung vor schwierigen Problemen, sondern auch auf dem Gebiet des Verkehrs. Hier geht es vor allem um die Reichsbahn und um ihren Kampf mit dem Kraftwagen.

Es gilt vor allem, Klarheit zu schaffen, denn die heutige Situation erlaubt es, daß aus dem Hintergrund von Zeit zu Zeit immer wieder Gerüchte auftauchen, die geeignet sind, die Wirtschaft nicht unerheblich zu beunruhigen. Dies gilt vor allem für die Frage eines Monopols für den gesamten Güterverkehr. Die Reichsbahn wird das laufende Jahr mit einem erheblichen Defizit von wahrscheinlich rund 400 Millionen Reichsmark abschließen, wodurch die letzten Reserven, soweit solche überhaupt noch vorhanden sind, aufgebraucht werden.

Aus dem preussischen Landtag

BR. Berlin, 17. Sept. (Priv.-Tel.) Für die preussische Landtags-Sitzung am Mittwoch liegt nunmehr die Tagesordnung vor. Die Sitzung soll um 13 Uhr beginnen. Amittwoch vorher tritt um 12 Uhr der Ältestenrat zusammen.

Der Antrag auf Aufhebung der Immunität des Ministerpräsidenten Dr. Brauns, mit dem sich der Landtag in seiner ersten Sitzung zu beschäftigen haben wird, geht von dem bekannten nationalsozialistischen Reichsanwalt Dr. Franz II. Münch aus, der um die Genehmigung zur Durchführung einer Revue und zur Strafverfolgung des Abg. Brauns wegen übler Nachrede und Beleidigung Hilters nachsucht.

Kolliwien lehnt ab

BR. La Paz, 17. Sept. (Reuter-Tel.) Kolliwien hat den neutralen amerikanischen Mächten auf ihren Vorschlag mitgeteilt, daß es wegen der paraguayischen Offensive nicht in der Lage sei, die Feindseligkeiten einzustellen oder ohne Gewähr die Truppen zurückzunehmen. Bolivien erjucht um Garantien gegen die neuen Angriffe Paraguays.

BR. Asuncion, 17. Sept. (Tel.) (Reuter.) Paraguay hat sich bereit erklärt, den Vorschlag der neutralen amerikanischen Mächte unter folgenden Bedingungen anzunehmen: Die Truppen werden innerhalb von drei Tagen je 60 Kilometer beiderseits des 60. Grades westlicher Länge von Greenwiech zurückgenommen, die Feindseligkeiten werden eingestellt, die Paraguayer ziehen sich hinter den Rio Paraguay zurück.

Ernst Udet in Grönland verschollen?

BR. Berlin, 17. Sept. (Reuter-Tel.) Nach einem Kabellegramm aus Goshavn in Grönland hat die Funk-Filmexpedition seit 3 Tagen von dem Flieger Ernst Udet keine Nachricht mehr. Dr. Junf, der Leiter der Expedition, meldet seine erste Befürchtung über das Schicksal Udet, da sich an der 2500 Kilometer langen Grönlandküste bis Angmagalik keine Ansiedlungen befinden, wo Udet für seine kleine Maschine Benzin bekommen könnte. Udet war mit Nachforschungen nach der (unwissenden getretenen) Fliegerfamilie Gutkinson beauftragt worden.

Panzererschiff C wird gebaut. Die Marineleitung hat das Panzererschiff C, dessen erste Baureihe in dem noch von der Regierung Brünning aufgestellten Reichsetat bereitgestellt ist, namentlich der Marineverft Wilhelmshaven in Auftrag gegeben. Mit der Kiellegung soll bereits am 1. Oktober begonnen werden. In derselben Werkstätte liegt auch das Panzererschiff B auf Gelling, dessen Bau im Juni 1931 begann und voraussichtlich im März 1933 fertiggestellt ist, während die „Deutschland“ in Kiel ihrer Vollendung entgegengeht und voraussichtlich im Januar nach Wilhelmshaven übergeführt wird.

* Zur politischen Lage

Deutschland und Genf

Der Konflikt zwischen dem Reichskabinett und dem Parlament, der zur Auflösung des Reichstags führte, ist auch außenpolitisch in unglücklichsten Augenblick gekommen. Die Lösung der für uns wichtigsten Probleme der Außenpolitik ist durch das Kabinett von Baden in Angriff genommen worden, und zwar mit einer Entscheidung, die der Zustimmung der großen Mehrheit des deutschen Volkes sicher sein kann. Ganz katastrophisch hat die Reichsregierung verlangt, daß nun endlich das Prinzip der Gleichberechtigung entweder vom Völkerbund oder von den Teilnehmern der Abrüstungskonferenz in aller Form anerkannt wird, bevor neue Beratungen über die Abrüstung stattfinden.

Selbstverständlich ist eine weitere Lätigkeit der Abrüstungskonferenz schlechthin illusorisch gemacht, wenn es bei diesem Zustand bleibt. Man kann wohl in neben-sächlichen Dingen ohne Deutschland Vorarbeiten leisten, aber man kann nicht ohne Deutschland zu Beschüssen gelangen. Und das weiß man in London ebenso gut wie in Paris.

Die französische Regierung hat es bekenntlich abgelehnt, sich mit uns über die unausbleibliche Konsequenz der Anerkennung unserer Gleichberechtigung, über die Aufrüstung Deutschlands, gesondert zu unterhalten. Man hat uns höflich, aber bestimmt an den Völkerbund gewiesen und im übrigen erklärt, daß Frankreich sich gegen die Wiederaufrüstung Deutschlands wenden werde.

Paris hatte vorher versucht, in dieser Frage eine Übereinstimmung mit England herzustellen. Die Londoner Regierung hat sich aber darauf nicht eingelassen. Und sie konnte das auch nicht, da sie im Einklang mit der öffentlichen Meinung ihres Landes auf dem Standpunkt steht, daß, falls es in Genf nicht zu einer Abrüstung nach deutschem Muster kommt, Deutschland die Gleichberechtigung, d. h. also praktisch das Recht auf Wiederaufrüstung, nicht länger bestritten werden kann. Nach britischer Auffassung kann es sich nur noch um die Modalitäten handeln, unter welchen sich eine solche Wiederaufrüstung zu vollziehen hätte. Vor aller Öffentlichkeit ist Mussolini für die deutsche Forderung eingetreten. Und, da sie auch von Nordamerika und Japan keineswegs abgelehnt wird, steht Frankreich mit seiner Antragsgenz zur Zeit völlig allein.

Daß Deutschland bei der Vertretung dieser seiner Forderung auch nicht um eines Millimeters Breite zurückweichen wird, versteht sich ganz von selbst. Es hieße, nicht nur die Abrüstungskonferenz, sondern die Existenz des Völkerbunds selbst gefährden, wenn man weiterhin Deutschlands Forderung ignorieren wollte.

Zimmerhin wird es der Reichsregierung nicht leicht sein, die deutsche Politik nach außen hin zu vertreten. Denn, mag auch die Abstimmung im Reichstag keine verfassungsmäßige Bedeutung haben, da der Reichstag in diesem Augenblicke faktisch bereits aufgelöst war, so ist doch die politische Bedeutung dieser Abstimmung nicht aus der Welt zu schaffen. Jedermann weiß, dem Reichskabinett ist mit dieser Abstimmung befehleint worden, daß es das Vertrauen der erdrückenden Mehrheit des Parlaments nicht beugt. Und die nationalsozialistische Presse tut alles, um den Eindruck hervorzuheben, als ob auch die Außenpolitik des Reichskabinetts von der erdrückenden Mehrheit unseres Volkes gemißbilligt würde.

Wir meinen, daß man zum mindesten in dieser Beziehung außerordentlich vorsichtig sein sollte. Solange keine neue Reichsregierung zustande gekommen ist, hat das amtierende Kabinett nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, Deutschlands Interessen nach außen hin zu wahren. Und, wenn das in einer, alle berechtigten nationalen Wünsche befriedigenden Weise geschieht, ist nicht einzusehen, warum dann nicht das ganze Volk in dieser Beziehung hinter die Regierung treten sollte. Inzwischen hat sich allerdings die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in einer Resolution gegen die wehrpolitische Aktion des Kabinetts gewandt, da die Sicherheit der „Völker nicht mit den Mitteln der militärischen Rüstung erreicht werden könne“.

Der innerpolitische Konflikt

Dieser Konflikt ist von einer solchen Schwere, daß man seiner Austragung nur mit der größten Sorge entgegensehen kann. Von vornherein wird man deshalb allen Stimmen, die in diesem Augenblick grundsätzlich zur Besonnenheit und Ruhe mahnen, besondere Beachtung zu schenken haben. Die sachlichen Gegensätze brauchen dadurch keineswegs verwischt zu werden. Aber unter allen Umständen sollte darauf geachtet werden, daß auch dieser die Wurzeln unseres ganzen staatlichen Seins berührenden Konflikt in würdiger Weise ausgekämpft wird. Nie sollten wir vergessen, daß wir Brüder eines Stammes sind, daß es deutsche Volksgenossen sind, die sich mit deutschen Volksgenossen auseinandersetzen haben.

Ebenso wenig darf aber vergessen werden, daß Recht und Verfassung unter allen Umständen gewahrt werden müssen, falls wir nicht chaotische Zustände über unser Vaterland heraufbeschwören wollen. Wir können uns nicht denken, daß der Reichspräsident jemals die Hand dazu bieten wird, daß die Verfassung in eindeutiger und klarer Weise gebrochen wird. Bisher hat es sich ja immer nur um fähne Interpretationen der Verfassung gehandelt. Ein offensichtlicher Verfassungsbruch ist vermieden worden. Und wir können nur wünschen und hoffen, daß es dabei bleibt.

Sehr beachtenswert ist in diesem Zusammenhang ein Leitartikel des „Deutschen Volksblattes“, des führenden Organs der württembergischen Zentrums Partei. Darin heißt es u. a.: „Auch für die weitergesteckten Aufgaben der Reichsregierung lassen sich nur auf einem normalen, von Konflikten möglichst wenig unterbrochenen Wege Erfüllungsmöglichkeiten schaffen. Wir kennen das „Zwölftmonatsprogramm“ der Regierung haben, von dem offiziös die Rede war, nicht. Aber eines ist sicher: ein weittragendes Reformprogramm, das an die Grundlagen des Staatsaufbaues herangeht, kann eine Regierung wie die des Herrn Papen mit den von ihr beliebten Mitteln nicht verwirklichen. Es ist unumstößlicher Bestandteil des geltenden Staatsrechts, daß jede Verordnung auf Grund des Artikels 48 der Billigung des Reichstags bedarf. Man kann diese Billigung bei weitherziger Auslegung der Verfassung durch ein- oder mehrmalige Reichstagsauflösung hinauschieben, man kann sie aber nicht überflüssig machen; und so würde daher jede Verfassungsreform durch Notverordnung mindestens der nachträglichen Billigung durch einen auf Grund der geltenden Verfassung gewählten Reichstag bedürfen. Daraus geht ganz klar hervor, daß die Regierung haben, wenn sie mit ihrer Arbeit nicht scheitern oder — was wir nicht glauben möchten — nicht schon jetzt einen Staatsstreich in sichere Rechnung stellen will, einem neuen Reichstag Brücken zur Zusammenarbeit bauen muß. Mit den Vorarbeiten dazu sollte sie jetzt schon beginnen, indem sie ihre Konfliktspolitik abbaut und sich auf loyalere Umgang mit den ständigen Repräsentanten der Volksvertretung und mit den Exponenten des Volkswillens, den Parteien, einstellt. Und die Parteien selbst sowie Reichstagspräsident Goerring sollten der Regierung den Entschluß hierzu nicht unnötig erschweren.“

Der „Badische Beobachter“ bemerkt heute zu diesen Ausführungen: „Wer diese ruhige, nüchterne Betrachtung ebenso auf sich wirken läßt, wird ihre Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick nicht verkennen. Und wenn wir uns richtig auf die auch bei uns herrschende Stimmung verstehen, dann glauben wir sagen zu können, daß die Ausführungen im württembergischen Zentrumsorgan überall auf Verständnis stoßen. Auch die Führung der Zentrums Partei im Reich hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, daß sie durchaus nicht daran denkt, sich das Zentrum in Kur-Opposition erschöpfen zu lassen.“

Das preußische Problem

Schon die Erledigung des preußischen Problems wird in Kürze Gelegenheit geben, die Verfassungstreue einerseits und die Besonnenheit der Parteien andererseits zu erproben. Sollten sich Zentrum und Nationalsozialisten in Preußen wirklich über die Bildung einer Regierung verständigen, und sollte der Preußische Landtag zusammenzutreten, um in aller Form die Wahl einer Regierung vorzunehmen, dann würden damit ja die Voraussetzungen für das Walten des Reichskommissars in Preußen hinfällig geworden sein, und die weitere Entwicklung in Preußen wäre der Obhut der vom preußischen Parlament in legaler Weise gebildeten Regierung anzuvertrauen. Ob aber Herr von Papen eine solche Entwicklung gerade in diesem Moment ruhig hinnehmen wird, das ist eine andere Frage.

Wie in den letzten Tagen hier und da zu lesen war, soll das Reichskabinett beabsichtigen, eine Lösung der Reichsreform, soweit sie das Reich und Preußen betrifft, schon jetzt dadurch vorwegzunehmen, daß man eine Personalunion zwischen dem Posten des Reichskanzlers und dem eines preußischen Ministerpräsidenten herstellt und den Aufgabenkreis des preuß. Innenministeriums, damit also auch die preußische Polizei dem Reichsinnenministerium unterstellt. Man kann sich kaum vorstellen, daß derartige Maßnahmen ohne Bruch der Verfassung auf dem bloßen Verordnungswege getroffen werden können. Preußen und sein Parlament müßten in dieser Angelegenheit gehört werden.

Eine Auflösung des Preußischen Landtags ist verfassungsmäßig dem Reichskanzler in seiner Eigenschaft als

Reichskommissar nicht gut möglich, da diese Auflösung nach der preußischen Verfassung nur von der Mehrheit des Landtags selbst oder von dem soa. Dreimännerkollegium verfügt werden kann. Ein Notstand aber, eine Bedrohung von Sicherheit und Ordnung, besteht in Preußen zur Zeit nicht. Es könnte also auch nicht auf Artikel 48 der Reichsverfassung zurückgegriffen werden.

Einstweilen wird man abzuwarten haben, ob es wirklich zu einer koalitionsmäßigen Einigung des Zentrums und den Nationalsozialisten in Preußen kommt, und ob wirklich Herr von Papen die Pläne und Absichten in bezug auf Preußen hat, die man ihm in einzelnen Zeitungen nachsagt.

Auch beim preußischen Problem hat der oben von uns zitierte Artikel des „Deutschen Volksblattes“ Stellung genommen; und auch hier geschieht das in einer Konflikt abbauenden Weise. Es käme nach der Ansicht des Stuttgarter Zentrumsorgans, so notwendig die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen an sich ist, der Herbeiführung neuer Konfliktstoffes gleich, wenn Zentrum und Nationalsozialisten jetzt in Preußen eine parlamentarische Regierung bilden würden. Jedermann wisse, daß diese Möglichkeit der Reichsregierung einige Sorgen bereitet, daß sie aber ihren Kommissar notfalls auch mit Gewalt stützen will, und wer die Reichsregierung in neue Verlöbte gegen die Reichsverfassung sozusagen hineintreiben möchte, brauchte ja nur die abermalige Einsetzung eines Reichskommissars unter einer vielleicht noch fadenförmigeren Bezeichnung zu provozieren. Aber daran könne niemand, der die Wohlfahrt des Staates will, ein Interesse haben. Der politische Kampf, der um die Führung im Reich entbrannt ist, müsse auf dem geraden Wege, den die Verfassung weist, ausgetragen werden, und das nächste Ziel müsse die Wiederherstellung geordneter Regierungsverhältnisse im Reich sein. „Eine verantwortliche, auf ein Parlamentsvotum gestützte Reichsregierung hätte dann alsbald die Aufgabe zu übernehmen, das preußische Abenteuer der Regierung Papen verfassungsgemäß und politisch sinnvoll zu liquidieren.“

Die neuen Reichstagswahlen

Nach der Reichsverfassung müssen die neuen Wahlen spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden. Und es gibt keine andere Bestimmung in der Reichsverfassung, die ein Kabinett von der Pflicht, innerhalb dieser 60 Tage die Wahlen stattfinden zu lassen, befreien könnte. Deshalb ist es wohl auch nur als unmahngeliches Gebot zu werten, wenn am Tage nach der Auflösung des Reichstags in einem Berliner Blatt die Vermutung ausgesprochen wurde, die Reichsregierung werde erst einmal abwarten, wie sich der Wahlkampf entwickle, ob er sich ohne Bedrohung der öffentlichen Sicherheit vollziehe, und erst dann einen Beschluß über den Wahltermin fassen.

Bis jetzt ist ein solcher Wahltermin noch nicht bekanntgegeben worden. An und für sich besteht ein dringender Anlaß dazu ja auch nicht. Die Parteien wissen, daß sie innerhalb der auf den Auflösungstag folgenden 60 Tage zu wählen haben werden; und faktisch ist ja denn auch der Wahlkampf bereits im Gange. Er ist so gar schon so sehr im Gange, daß die Bildung einer neuen, für Herrn von Papen eintretenden Partei der bürgerlichen Mitte, der bürgerlichen Sammlung, erörtert wird.

Riesenkonzession in Frankreich

Außerordentliche Sitzung des französischen Parlaments

Der französischen Kammer wurde am Freitag der Plan der Regierung für die Rentenkonvertierung vorgelegt. Die Regierung ersucht um die Autorisation, alle Renten über 4 1/2 Prozent zurückzahlen oder zu konvertieren. Der Gesamtbetrag für diese Operation wird mit 85 Milliarden angegeben. Eine neue Emission von 4 1/2prozentiger Schatzanleihe wird angekündigt. Der Ministerpräsident will die Vertrauensfrage stellen. Die Regierung will Situationen verhindern, die Spekulationen ermöglichen könnten. Die Börse wird erst am Montag wieder geöffnet.

In der Begründung wird u. a. darauf hingewiesen, daß trotz der verhältnismäßig starken Preissteigerung der letzten Jahre das Preisniveau in Frankreich immer noch zu hoch bleibe. Es müßten für die nationale Wirtschaft in der Zeit einer Anfurhebung der Produktion in der ganzen Welt weniger kostspielige Kreditbedingungen geschaffen werden. Um die starke Grundlage der französischen Währung aufrechtzuerhalten, müsse ein jeder zur Finanzsanierung beitragen. Die Regierung sei entschlossen, Frankreich die Rückkehr der aus dem Kriege geborenen Schwierigkeiten zu ersparen und das nächstjährige Budget reiblos auszugleichen. Die Rentenkonvertierung sei nur ein Punkt eines weitergehenden Programms, für dessen Durchführung die Regierung auf die Unterstützung der gesamten Nation rechne.

Eine Nachsitzung der Kammer

W.D. Paris, 17. Sept. (Tel.) Die Kammer tagte um 5 Uhr früh immer noch. Sie hat die 17. Artikel der Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung bereits verabschiedet und berät gegenwärtig über einen Anzetz zur Regierungsvorlage, der besondere Ausführungsbestimmungen enthält.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gestern um 22.20 Uhr begründete zunächst der Finanzminister eingehend die Regierungsvorlage. Ein sozialistischer Abgeordneter erklärte, die Sozialisten würden in absehbarer Zeit eine gerechtere Steuererteilung und als Heilmittel für die Krise die internationale Solidarität fordern. Vor Eintritt in die Einzelberatung ergriff Herrriot das Wort zu einem dringenden Appell.

Kurz vor 5 Uhr hat die Kammer mit 540 gegen 48 Stimmen die Regierungsvorlage über die Rentenkonvertierung verabschiedet und sich darauf auf heute 18 Uhr vertagt. Der Senat beginnt die Beratung der Vorlage heute um 16 Uhr.

Nichtteilnahme an der Abrüstungskonferenz?

Unsere Forderung auf Gleichberechtigung

Untern 14. September hat der Reichsaussenminister an den Vorsitzenden der Abrüstungskonferenz, Henderson, ein Schreiben gerichtet, in dem zunächst Bezug auf die Erklärung des deutschen Vertreters in der Generalkommission der Abrüstungskonferenz genommen wird, die eine Nichtbeteiligung Deutschlands für den Fall in Aussicht stellte, wenn eine befriedigende Klärung der Frage der Gleichberechtigung Deutschlands nicht erfolgt sei.

Dann heißt es weiter, es komme nur eine Lösung in Frage, nach der alle Staaten ohne Unterschied den gleichen Abrüstungsgrundsätzen unterworfen sein müßten. Man könne Deutschland nicht zumuten, an den Verhandlungen teilzunehmen, ohne daß es weiß, ob die zu treffenden Maßnahmen auch auf es selbst Anwendung finden. Die bisher von Deutschland unternommenen Bemühungen in dieser Frage hätten bedauerlicherweise zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt, und so sehe sich die deutsche Regierung veranlaßt, mitzuteilen, daß sie der am 21. September d. J. beginnenden Tagung des Büros der Konferenz nicht beizuwohnen könne. Nach wie vor überzeuge, daß eine radikale Durchführung der allgemeinen Abrüstung nötig sei, werde sie die Arbeiten der Konferenz verfolgen und sich unter diesem Gesichtspunkt über ihr weiteres Verhalten schlüssig werden.

Die Reichsregierung wird die letzte französische Note nicht schriftlich beantworten. Sie bekennt, daß die Note von falschen Voraussetzungen ausgeht und keine wesentlichen Anknüpfungspunkte aufweist. Zu einem mündlichen Meinungsaustausch sei — wie mitgeteilt wird — sie weiter bereit und habe dem französischen Botschafter entsprechend Mitteilung gemacht, sowie den übrigen Regierungen, die von ihr mit der Angelegenheit befaßt worden waren.

Neuer über die voraussetzliche Haltung Italiens

W.D. London, 17. Sept. (Tel.) Neuer bringt eine Meldung aus Rom, in der es heißt, Mussolini werde wohl alles versuchen, um eine Befriedigung der deutschen Forderung zu sichern. Der italienische Botschafter in London, Grandi, werde sich bemühen, Sir John Simon für eine Politik zu gewinnen, die Frankreich zu einer liberaleren Haltung nötigen werde. Wenn Italiens Wünsche bei den kommenden Besprechungen in Genf unberücksichtigt bleiben und wenn Italien die Überzeugung gewinnen sollte, daß hierdurch sein Ansehen geschmälert würde, dann werde Rom mit dem Völkerbund brechen.

Französische Stimmen

W.D. Paris, 17. Sept. (Priv. Tel.) Wenn gleich die geplante Rentenkonvertierung das Hauptthema der heutigen französischen Presse bildet, so werden doch die außenpolitischen Schritte Deutschlands zur Erlangung seiner militärischen Gleichberechtigung nach wie vor mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt. Daß die Wähler einmütig eine scharf ablehnende Haltung einnehmen, braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Die heutige Kolonialpolitik stellt die Wählerermüdungen, wonach demnach die Kliefegung für den Bau eines dritten deutschen Ertragsanzerschliffes erfolgen soll, in den Vordergrund der Argumentation. Mit viel Geschick wird so versucht, die Hauptfeindin England und Amerika ins Nahwasser der französischen Politik zu bringen. — „Ceuvre“ verleiht sich auf die These, daß diese Dinge Deutschland offenkundig ins Unrecht setzten, und genügen würden, die Reichsregierung vor den Völkerbundrat, ja sogar vor den Internationalen Gerichtshof im Haag zu bringen. — „Populaire“ nennt v. Neurath's Mitteilung an Henderson eine indirekte Antwort auf die französische Note.

Großes Revirement in der Diplomatie

Berliner Meldungen zufolge, steht ein großes Revirement im Auswärtigen Dienst bevor. Im Vordergrund des Interesses stehen die drei deutschen Botschaften in Paris, London und Rom. Der Pariser Botschafter Dr. von Goeth hat die deutsche Botschaft in London übernehmen, die seit Ernennung des Herrn von Neurath zum Außenminister bewahrt ist. Für Paris ist der jetzige Personalreferent des Auswärtigen Amtes, Dr. Koester, ausersehen. Der bisherige Botschafter in Rom, Dr. v. Schubert, soll zur Disposition gestellt werden. Statt seiner wird der bisherige Gesandte in Belgrad, von Gassel, der Schwiegerjohn des verstorbenen Großadmirals von Tirpitz nach Rom entsandt. Nachfolger von Gassel in Belgrad soll der jetzige Leiter der Kulturstelle des Auswärtigen Amtes, Freitag, werden.

Der Untergeneralsekretär im Völkerbund, Dufour-Beronce, ist für den Gesandtenposten in Lissabon in Aussicht genommen. Der bisherige Gesandte in Lissabon, Fortmann, soll ebenso wie der deutsche Gesandte in Mexiko, Will, zur Disposition gestellt werden. In Mexiko wird der frühere Reichspressesekretär, Ministerialdirektor Dr. Brehm, die deutsche Vertretung übernehmen.

Kleine Chronik

Ein Vote der Kruppischen Konsumantinnen, der aus einer Verkaufsstelle Geld abgeholt hatte, wurde heute Samstagvormittag, von einem noch unbekanntem Täter überfallen, der ihm die Aktienkarte entriß, in der sich 2900 RM in bar und für 100 RM Rabatmarken befanden.

In Kleinpartitz (Kreis Hoherswerda) wurde der 53jährige Schuhmacher Just verhaftet. Er wird beschuldigt, seinen Schwager, seine Schwägerin, den Schwiegervater und den Neffen mit Arsenik vergiftet zu haben. Sein Schwiegervater führte Betrieb mit seinem anderen Schwiegerjohn und seinen beiden verheirateten Töchtern eine kleine Landwirtschaft. Er hatte es abgesehen, seinen Schwiegerjohn Just im Hause aufzunehmen. Just pflegte das Mittagessen für die ganze Familie zu bereiten. Die Sezierung der Leichen hat Spuren von Arsen ergeben.

In Berlin ist man neuen umfangreichen Devisenschiebungen auf die Spur gekommen. Die Ermittlungen führten zur Festnahme von acht Personen. Die Beteiligten arbeiteten mit falschen Käffen. Der Wert der verschobenen Effekten beträgt 3 bis 5 Mill. RM.

In Weußen wurde der Oberlandjäger Springer zum Tode verurteilt, weil er eine Frau gewaltsam Vermeidung eines Alimentationsprozesses mit Strichmirt vergiftet hatte.

In der Edeune des Gastwirts Gnatowski in Domlau im Kreise Oesterode (Ostpreußen), in der acht Bauhandwerker übernachteten, entstand in der Nacht ein Feuer. Von den acht Bauhandwerkern gelang es sieben, sich den Weg durch Flammen und Qualm ins Freie zu bahnen. Der achte, der Zimmermann Kaminski, kam in den Flammen um. Von den sieben Geretteten haben sechs mehr oder minder schwere Brandwunden erlitten.

Der städtische Rechnungsdirektor Garbe in Wuppertal, gegen den eine Untersuchung wegen des Verbleibens von 14 000 RM-Mitgliederbeiträgen schwebte, hat sich erhängt.

Gemeinderundschau

Der Gemeinderat Müllheim besaßte sich in seiner letzten Sitzung erneut mit dem künftigen Voranschlag, ohne zu einem Ergebnis zu gelangen. Bei gleichbleibender Umlage und einer dreifachen Bürgersteuer und Berücksichtigung der Einnahmerückstände ergibt sich immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 37 000 RM. Man will zunächst die Auswirkung der neuen Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft auf die Gemeindefinanzen abwarten, ehe man eine endgültige Entscheidung trifft.

Dreifache Bürgersteuer in Neustadt i. Schw. Nachdem vom Bürgerausschuß der vom Gemeinderat vorgelegte Voranschlag für 1932/33 abgelehnt worden ist, wodurch der Bürgermeister die Berechtigung einer Zwangssteigerung von sich aus oder von der Staatsaufsichtsbehörde erhielt, hat nun dieser einen neuen Voranschlag aufgestellt. Nach diesem soll die Realsteuererhöhung auf den Landesfuß unterbleiben. Dafür wird die dreifache Bürgersteuer eingeführt (bisher zweifach). Die Beamten und Angestellten übernehmen freiwillig einen höheren Anteil ihrer Fürsorgebeiträge, und zwar 30 Prozent. Der fehlende Rest soll aus Überschüssen des städtischen Elektrizitätswerks genommen werden. Auch diesen Voranschlag hat der Gemeinderat abgelehnt. Er wurde nun vom Bürgermeister festgesetzt und an die Aufsichtsbehörde weitergegeben.

Rückgang des Fremdenverkehrs in Freiburg. Im Monat August haben in Freiburg insgesamt 19 821 Fremde genächtigt gegen 22 620 im Vorjahre, davon 16 024 (17 194) Reichsdeutsche und 3797 (5426) Ausländer. Interessant ist die Tatsache, daß die Engländer, die im August 1931 mit 2033 Besuchern weitaus das stärkste Ausländerkontingent darstellten, dieses Jahr fast vollkommen ausgeblieben sind, eine Erscheinung, die auch im ganzen Schwarzwald bedauert wird. Dagegen hält die Schweiz mit 863 gegen 653 Besucher dieses Jahr die Spitze.

Aus dem Gemeinderat Wehrheim. Die Aufwandsentschädigung für die Gemeinderäte wurde mit Wirkung vom 1. Juli d. J. an auf 2 RM. je Sitzung ermäßigt. Der im Entwurf vorgelegte Voranschlag für das Rechnungsjahr 1932 wurde mit den vorjährigen Steuerfäßen genehmigt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Strafantrag im Niederrheinler Kreditvereinsprozess
D. Waldshut, 17. Sept. Nach mehrtägiger Verhandlung stellte heute der Vertreter der Anklage, Oberstaatsanwalt von Doser, in dem Niederrheinler Kreditvereinsprozess folgenden Strafantrag: Gegen Florian Gerspacher wegen Untreue und Bilanzfälschung eine Mindeststrafe von 3 Jahren Gefängnis und eine entsprechende Geldstrafe, gegen Edwin Gerspacher wegen Beihilfe zu den Verfehlungen seines Vaters, wegen Unterschlagung und Betrugs ebenfalls eine Mindeststrafe von 3 Jahren Gefängnis sowie eine entsprechende Geldstrafe. Außerdem beantragte der Oberstaatsanwalt gegen Edwin Gerspacher die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 4 Jahren.

D. Wehrheim, 17. Sept. Als erster Zug passierte der um 11.27 Uhr hier eintreffende Personenzug am Dienstag die neue Mainbrücke. Das bayerische Jugerpokal hatte die Lokomotive mit Girlanden, Kränzen und einer deutschen, bayerischen und badischen Fahne geschmückt und so diesem Ereignis ein festliches Gepräge gegeben. Auch der Güterzugverkehr über die Brücke ist am Mittag aufgenommen worden.

D. Pfullendorf, 16. Sept. Das Monomiejgebäude des Landwirts Friß Rostrecht brannte heute abend völlig nieder, wobei auch 2000 Zentner ausgedroschenes Getreide vernichtet wurden. Der Schaden wird auf 30 000 RM. geschätzt.

Staatsanzeiger

Dem Schauspieler William Eugen Frant in Mannheim, Hohe Wiesenstraße 25, der am 21. April 1932 durch mutiges, entschlossenes Handeln den 5 Jahre alten Alfred Neßbach aus Heidelberg vom Tode des Ertrinkens im Neckar gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 15. September 1932.
Der Landeskommissär:
J. B. Guth-Vender.

Lebensrettung.

Dem Fabrikarbeiter Albert Bernauer in Medesheim, Obere Bahnhofstraße Nr. 3, der am 20. Juli 1932 den 12 Jahre alten Neßschüler Friedrich Binder in Medesheim durch mutiges und entschlossenes Handeln vom Tode des Ertrinkens im Neckar auf Gemarkung Medesheim gerettet hat, spreche ich hiermit

eine öffentliche Belobung aus.

Mannheim, den 15. September 1932.
Der Landeskommissär:
J. B. Guth-Vender.

Badisches Landestheater Karlsruhe

Spielplan vom 20. bis 25. September 1932

Im Landestheater:
Dienstag, 20. September. Volkshöhe: Septembervorstellung: **Schneider Wibbel**. Komödie von Müller-Schlösser. 20 bis 22.30. (3,30).
Der IV. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigehalten.
Mittwoch, 21. September. * A 1 (Mittwochsmiete). Th.-Gem. 101 bis 200. Neu einstudiert: **Figaros Hochzeit**. Komische Oper von Mozart. 19 bis nach 22 (5,00).
Donnerstag, 22. September. * D 2 (Donnerstagmiete). Th.-Gem. III. S.-Gr. 2. Gäfte. **Die Regimentstochter**. Komische Oper von Donizetti. 20 bis nach 22 (4,50).
Freitag, 23. September. * F 1 (Freitagmiete). Th.-Gem. 1 bis 100. **Große Szene**. Komödie von Arthur Schnitzler. **Hierauf: Der grüne Kalabur**. Groteske von Arthur Schnitzler. 20 bis gegen 22.30 (3,30).
Samstag, 24. September. * E 1. Th.-Gem. 301 bis 400. Neu einstudiert: **Ein Sommernachtstraum**. Fantastisches Lustspiel von Shakespeare. Musik von Mendelssohn-Bartholdy. 20 bis 23 (3,00).
Sonntag, 25. September. * G 1. Th.-Gem. I. S.-Gr. Riengl. **Große Oper von Wagner**. 19 bis 22.30 (5,70).



BRIKETTS

Badisches Landestheater
Sonntag, den 18. Sept. 1932
* B 1. Th.-Gem., II. S.-Gr.
Neu einstudiert
Oberon,
König der Elfen
Große romantische Oper von Weber
Dirigent: Krips
Regie: Pruscha
Mittwirkende:
Blank, Habertorn, Reich-Dörich, Seibertich, Seiling, Winter, Faber, Moerschel, Dmoral, Hofpach, Kiefer, Mehner, Rentwig, Lindemann, Nagel, Ebert, Willius, Schönthalers
Anfang 19^h. Ende nach 22
Preise E (0,90—5,70 RM)

Montag, den 19. Sept. 1932
Volkshöhe:
Septembervorstellung
Schneider Wibbel
Komödie von Müller-Schlösser
Regie: Baumbach
Mittwirkende:
Frauendorf, Genter, Rademacher, Seiling, Krazer, Baumbach, Brand, Dahlen, Herz, Höder, Kienersch, Kubne, Mehner, P. Müller, Brüder, v. d. Trend, Kleinbusch, Lindemann, H. Müller, Fey
Anfang 20. Ende 22^h.
Preise A (0,50—3,30 RM)
Der IV. Rang ist für den allgem. Verkauf freigehalten

PORPHYRWERK DOSENHEIM
NANT VATER DOSENHEIM
SIRASSENBAU-MATERIAL

Rollbahnen und Baugeräte
zu Kauf und Mieta
Wilh. Messmer, Villingen
Fernsprecher 2131. Gegr. 1903
Kataloge gratis M.18

Büchle
Inh. W. Bertsch, Kunst- und Rahmenhaus
hat z. Zt. ausgestellt Werke von
V. Baier, Blum, Prof. Göhler
Prof. Nagel, F. Stauffert usw.
Ludwigsplatz

Gehr schöne u. sonnige Wohnungen
5 u. 6 Zimmer mit Bad in schöner Othstadtlage
preiswert zu vermieten. Zu erfragen bei der
Städt. Sparkasse Karlsruhe
(Zimmer 5, Fernruf 7025). M.11

Städt. Sparkasse Ettenheim
Bilanz per 31. Dezember 1931

Aktiva	RM	Passiva	RM
Kassenbestand	11 822,20	Spareinlagen	2 151 938,13
Guthaben bei Banken, Girozentrale u. Postsparkassamt	121 461,89	Aufwertungs-spareinlagen	937 527,96
Wertpapiere	180 997,50	Giro- und Kontokorrenteinlagen	132 391,97
Wechsel	47 345,31	Anlehensschulden	3 642,99
Darlehen auf Hypotheken und Kaufschillinge	1 368 055,46	Müdlagen:	
Darlehen in laufender Rechnung	325 892,20	a) gefehl. Reservefonds	232 339,71
Darlehen auf Schuldscheine an Private	450 973,45	b) Sondermüdlagen	35 000,—
an Gemeinden	308 695,14	Überschuß an bürgende Gemeinde	25 000,—
Aufwertungsfordernngen	548 088,16	Reingewinn	16 362,80
Einnahmerückstände	92 652,72		
Grundstücke und Gebäude	78 218,53		
Veräuflichkeiten	1,—		
	3 534 203,56		3 534 203,56

Berechnung der Rücklagen
Die gefehlliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 3 221 858,06 RM Einlagen = 257 748,64 RM
Sie beträgt auf Jahreschluß 1931 248 702,51 RM
Fehlbetrag 9 046,13 RM
Ettenheim, den 30. März 1932. S.165
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Der Geschäftsleiter:
Voegele. Wachenheim

Arbeitsvergebung
Für den Neubau eines Försterhauses auf dem Hungerberg in Baden-Baden werden nach den Vorschriften der Reichsverordnungsordnung (RVO) und nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen folgende Arbeiten in öffentlicher Ausschreibung vergeben:
I. Erd- und Grabarbeiten,
II. Maurer- und Betonarbeiten,
III. Zimmerarbeiten,
IV. Dachdeckerarbeiten.
Zeichnungen und Bedingungen liegen vom 19. September d. J. ab auf unserm Geschäftszimmer, Gernsbacher Straße, nur vormittags 9—12 Uhr, zur Einsicht offen. S.109
Verband der Angebote nach auswärts findet nicht statt.
Die Angebote sind verschlossen und portofrei mit der Aufschrift „Försterhaus Hungerberg Baden-Baden“ einzutreiben. Die Eröffnung der Angebote findet im Beisein etwa erscheinender Bewerber am Samstag, 24. September, vormittags 10 Uhr, statt.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Bad. Bezirksbauamt Baden-Baden.

Formulare
Liefert preiswert
G. Braun GmbH, Karlsruhe
Karls-Friedrich-Str. 14

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

- Neue holl. Vollheringe Milchner . . . Stück 10 Pf
- Feinste Süßbücklinge . . . Pfund 20 Pf
- Kartoffeln gelbfleischig . . . Pfund 3 Pf

Neuer süßer Apfelmot 25 Liter
eigener Kellerei

Neue russische Linsen große	Pfund 36 Pf	Neues Sauerkraut	Pfund 12 Pf
mittlere	Pfund 24 Pf	Dürrfleisch	1/4 Pfund 27 Pf
Frankfurter Würstchen	Paar 30 Pf		

Warenabgabe nur an Mitglieder
Lebensbedürfnisverein

Arbeitsvergebung
Das Umbeden des Schieferdaches über dem Stallgebäude II der ehem. Telegraphenanstalt, Gardsstraße 86, in Karlsruhe, ist öffentlich zu vergeben. Bedingungen, Zeichnungen und Angebotsvorbrude, letztere soweit Vorrat, sind vom 19. bis 24.

September 1932 an Vertagen von 9—12 Uhr und 3—6 Uhr beim Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstraße 28 — linker Flügelbau, Obergeschöf einzusehen.
Kein Verband von Zeichnungen und Unterlagen nach auswärts.
Angebotsöffnung am 26. September 1932, um

10 Uhr vormittags, im Bezirksbauamt Karlsruhe, Stephanienstr. 28, wohin die Angebote verschlossen, portofrei und durch Aufschrift gekennzeichnet, zu richten sind.
Zuschlagsfrist 12 Arbeitstage.
Karlsruhe, den 15. September 1932.
Bezirksbauamt.

Städtische (öffentliche) Sparkasse Konstanz
Bilanz auf 31. Dezember 1931

Vermögen	RM	Verbindlichkeiten	RM
Kasse	102 323,90	Komm. Landesbanken (Girozentr.)	33 973,78
Komm. Landesbanken (Girozentr.)	106 451,80	Reichsbank-Lombardkonto	100,—
Reichsbank	47 797,07	Privatbanken u. Sparkassen	88 187,—
Postsparkassamt	16 318,76	Kontoforrenteinlagen	952 545,79
Privatbanken u. Sparkassen	79 528,75	Spareinlagen	6 883 289,62
Wechsel	69 238,07	Giroeinlagen	226 130,48
Kontoforrentkredite	1 950 174,16	Ausgaberrückstände	4 698,11
Eigene Wertpapiere	865 000,—	Aufwertungs-spareinlagen	3 543 760,80
Feste Hypothekendarlehen	5 115 775,90	Müdlagen:	
Gemeindedarlehen	854 251,—	a) gefehllicher Reservefonds	
Einlage b. Spargitoberband	205 600,—	p. I. 1. 31	415 684,80
Sonstige Darlehen	7 000,—	v. Aufwertung	69 877,19
Kaufpfanddarlehen	4 740,—	Reingewinn 1931	51 523,13
Schuldscheindarlehen	71 227,50		537 085,12
Einnahmerückstände (Zinsen)	162 173,55	b) Sondermüdlagen	256 897,18
Grundstücke und Gebäude	188 504,77	(Abale 4 000,— RM)	
Veräuflichkeiten	1,—		
Girokonten	26 559,88		
Betriebskosten	402,73		
Sonstige Vorrisse	4 367,21		
Dekredite-Ratio	12 348,86		
Aufwertungsfordernngen	2 636 382,92		
(Abale 4 000,— RM)			
	12 526 167,83		12 526 167,83

Berechnung der Rücklage:
Nach § 20 der Satzung soll die Rücklage betragen:
5% aus 8 061 965,89 RM . . . = 403 098,29 RM
Auf Ende des Vorjahres betrug die gefehlliche Rücklage . . . 415 684,80 RM
Hierzu: Spitzenbetrag des Aufwertungsabrechnungsfontos . 69 877,19 RM
Geschäftsgewinn vom I. d. J. . 51 523,13 RM
Müdlagenüberschuß . . . 133 986,83 RM
Konstanz, den 20. Juni 1932. S.167
Der Vorsitzende des Verwaltungsrates: Dr. Koenig, Oberbürgermeister.
Städt. Sparkasse: Blum, Direktor.